

79

Bohcheff Wilsons  
an  
den Congress.

8/1 1918



## Botschaft an den Kongreß am 8. Jänner 1918.

Nach der Ausgabe der „Reichspost“ vom 9. Jänner 1918.

Präsident Wilson hat dem Kongreß eine Botschaft übergeben, in der er u. a. sagt:

Wieder einmal, wie schon wiederholt vorher, haben die Sprecher der Mittelmächte den Wunsch zu erkennen gegeben, die Kriegsziele und eine mögliche Grundlage für einen allgemeinen Frieden zu erörtern. In Brest-Litowsk haben Besprechungen zwischen Vertretern der Mittelmächte und Rußlands stattgefunden, auf welche die Aufmerksamkeit aller Kriegführenden gelenkt wurde zu dem Zwecke, um festzustellen, ob es möglich sei, diese Besprechungen zu einer allgemeinen Friedenskonferenz auszuweiten. Die Vertreter Rußlands haben nicht allein eine festumschriebene Darlegung der Grundsätze, auf Grund welcher sie bereit wären, Frieden zu schließen, sondern auch ein ebenso klares Programm für die tatsächliche Anwendung dieser Grundsätze vorgelegt. Die Vertreter der Mittelmächte legten ihrerseits die Grundlinien zu einer Vereinbarung vor, die, wenngleich weniger klar, einer Auslegung im liberalen Sinne fähig sind, bis sie das eingehendere Programm mit positiven Bedingungen zufügten. Dieses Programm machte keinerlei Zugeständnisse, weder für die Souveränität Rußlands noch zugunsten der Völker, um deren Geschick es sich handelt. Es bedeutete, kurz gesagt, daß die Mittelmächte beabsichtigen, jeden Fußbreit Landes, das ihre bewaffneten Massen besetzt halten, jede Provinz, jede Stadt und jeden vorteilhaften Punkt als dauernde Mehrung ihrer Länder und ihrer Macht zu behalten. Es ist eine berechnete Vermutung, daß die allgemeinen Grundsätze einer allgemeinen Vereinbarung, die sie zuerst vorschlugen, von den liberalen Staatsmännern Deutschlands und Österreich-Ungarns herrührten, jenen Männern, die die Macht ihres eigenen Volkes, dessen Gedanken und Streben zu fühlen bekommen haben, während die konkreten Bedingungen für die tatsächliche Vereinbarung von den militärischen Führern kamen, die keinen anderen Gedanken haben als den, zu behalten, was sie besitzen. Die Verhandlungen wurden abgebrochen (?). Die Vertreter Rußlands waren aufrichtig und konnten ernstlich solche Vorschläge von Eroberungssucht und Vorherrschaft nicht in Erwägung ziehen. Der ganze Zwischenfall ist sehr bedeutungsvoll, aber auch sehr verwirrend. Mit wem haben es die Vertreter Rußlands eigentlich zu tun? In wessen Namen sprechen die Vertreter der Mittelmächte? Sprechen sie für die Mehrheiten der Volksvertretungen oder für die Minderheitsparteien, für jene militärisch imperialistische Minderheit, die bisher ihre ganze Politik sowie die Angelegenheiten der Türkei und der Balkan-



staaten, die sie gezwungen haben, am Kriege teilzunehmen, beherrscht haben? Die Vertreter Rußlands haben sehr richtig, sehr klug und im wahren Geiste der modernen Demokratie darauf bestanden, daß die Konferenz, die sie mit den teutonischen und türkischen Staatsmännern abhielten, bei offenen und nicht hinter geschlossenen Türen stattfinden soll, damit die ganze Welt, wie es gewünscht wurde, eine Zuhörerschaft bilden könne. Wen haben wir nun also zugehört? Jenen, die im Geiste und nach den Absichten der Entscheidung des deutschen Reichstages vom 9. Juli v. J. sprachen, oder jenen, die den Geist und die Absicht auf Eroberung und Unterwerfung verkörpern? Oder haben wir tatsächlich beide Teile vor uns, die sich noch in offenem hoffnungslosen Gegensatze zueinander befinden? Das sind sehr ernste dringende Fragen, von deren Beantwortung der Friede der Welt abhängt. Aber, was auch das Ergebnis der Verhandlungen in Brest-Litowsk sein möge und welche Schritte man auch aus dem Sinn und den Absichten der Vertreter der Mittelmächte folgern möge, sie haben die Welt mit ihren Kriegszielen bekannt zu machen versucht und ihre Gegner herausgefordert zu sagen, was deren Ziele seien und was für eine Auseinandersetzung sie als gerecht und befriedigend ansehen würden. Es besteht daher kein triftiger Grund, warum wir auf diese Herausforderung nicht mit äußerster Offenheit antworten sollten. Wir haben darauf geantwortet. Nicht einmal, wiederholt haben wir unsere Absichten und Ansichten der Welt dargelegt und zwar nicht in allgemeinen Ausdrücken, sondern jedesmal mit genügender Bestimmtheit, um es klar zu machen, wie die endgültigen Friedensbedingungen beschaffen sein müßten, die sich notwendigerweise daraus ergeben. Letzte Woche hat Lloyd George mit bewundernswerter Offenheit und bewundernswertem Geiste für sein Volk und die Regierung Großbritanniens gesprochen.

Es gibt keine Verwirrung der Meinungen unter den Gegnern der Mittelmächte, keine Unsicherheit über die Grundsätze und keine Unklarheit hinsichtlich der Einzelheiten. Geheimtueri, Unaufrichtigkeit und Mangel an genauer Feststellung der Kriegsziele sind lediglich auf Seiten Deutschlands und seiner Verbündeten. Kein Staatsmann, der auch nur den geringsten Begriff von seiner Verantwortung hat, würde auch nur für einen Augenblick sich gestatten, diese tragische und furchtbare Verschwendung von Gut und Blut fortzusetzen, wenn er nicht sicher wäre, daß die Ziele dieses Lebensopfers ein Heil des wirklichen Lebens der Gesellschaft sind und daß das Volk, für das er spricht, sie als ebenso richtig und verpflichtend ansieht, wie er. Aber da ist noch eine Stimme, die nach dieser Festlegung der Grundsätze und Absichten verlangt und die vielleicht schriller und zwingender ist als die anderen rührenden Stimmen, von denen die Welt erfüllt ist. Es ist die Stimme des russischen Volkes. Dieses ist ohnmächtig und wie es scheint, vollkommen hilflos gegenüber der unachgiebigen Macht Deutschlands, die bisher noch keine Milde und kein Mitleid gekannt hat. Seine Kraft ist anscheinend gebrochen, aber seine Seele will sich nicht unterordnen. Es will nicht nachgeben, weder was die Grundsätze, noch was die Handlungen anbelangt. Seine Auffassung von dem, was recht und menschlich ist, und was es in Ehren annehmen könnte, wurde mit einer Offenheit, Großzügigkeit, Großmut der Gesinnung und einer mensch-

lichen Sympathie dargelegt, die die Bewanderung jedes Menschenfreundes herausfordern müssen. Die Russen haben sich geweigert, sich mit ihren Idealen abfertigen zu lassen und andere im Stiche zu lassen, um sich selbst in Sicherheit bringen können. Sie appellieren an uns, damit wir sagen, was wir wünschen und worin, wenn dies überhaupt der Fall ist, unsere Ansichten und Absichten von den ihrigen abweichen. Ich glaube, daß das Volk der Vereinigten Staaten es wünscht, daß ich mit vollkommener Klarheit und Offenheit darauf antworte. Ob die gegenwärtigen Führer in Rußland es glauben oder nicht, es ist unser aufrichtiger Wunsch und unsere Hoffnung, daß irgendwie Möglichkeit geschaffen werde, die uns gestatten würde, dem russischen Volke bei der Erreichung aller seiner Hoffnungen auf Freiheit und geordnete Friedensverhältnisse zu helfen. Es ist unser Wunsch und unsere Absicht, daß in Friedenszeiten alles offen vor sich gehen soll, und in Zukunft keine geheimen Abmachungen irgend welcher Art gestattet werden. Die Tage der Eroberungen und Gebietsvergrößerungen sind vorbei, ebenso wie die Zeit der Geheimverträge, die im Interesse einer einzelnen Regierung geschlossen wurden und geeignet waren, in einem unerwarteten Augenblick den Weltfrieden zu stören.

Es ist dies eine frohe Tatsache, die jetzt jedem in der Öffentlichkeit stehenden Manne klar geworden ist, dessen Gedanken nicht noch immer in einem toten und entscheidenden Zeitalter weilen und die es jedem Volke, dessen Absichten sich mit der Gerechtigkeit und dem Weltfrieden vertragen, möglich macht, sich jetzt oder zu irgendeiner anderen Zeit zu den Zielen, die es im Auge hat, offen zu bekennen. Wir sind in den Krieg eingetreten, weil Verletzungen des Rechtes vorgekommen sind, die uns aufs empfindlichste getroffen haben und die das Leben unseres Volkes unmäßig gemacht hätten, wenn sie nicht wieder gutgemacht würden und die Welt ein für allemal gegen eine Wiederholung gesichert würde. Was wir in diesem Kriege daher verlangen, ist nichts, was uns allein angeht. Es ist, daß die Welt derart eingerichtet und sicher gemacht werde, um darin ruhig leben zu können und besonders, daß jede friedliebende Nation, die, wie auch wir es wünschen, ihr eigenes Leben zu leben wünscht und die entschlossen ist, ihre eigenen Einrichtungen zu haben, der Gerechtigkeit und Billigkeit seitens anderer Nationen der Welt sicher, sowie vor Vergewaltigung und selbststüchtigen Angriffen gesichert sein kann. Alle Völker der Welt sind hieran mitinteressiert. Und was uns anbelangt, sehen wir durchaus klar, daß, wenn andere nicht Gerechtigkeit finden, auch wir sie nicht finden können.

Das Programm des Weltfriedens ist daher unser Programm, das auch zugleich das einzig mögliche Programm darstellt. Es ist das folgende.

Der erste Punkt ist, daß alle Friedensverträge öffentlich sind und öffentlich zustande gekommen sind und daß darnach keine geheimen internationalen Vereinbarungen irgendwelcher Art mehr getroffen werden dürfen, sondern daß die Diplomatie immer offen und vor aller Welt getrieben werden soll.

Der zweite Punkt ist: Vollkommene Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere außerhalb der territorialen Gewässer im Frieden sowohl wie im Krieg, ausgenommen daß das Meer ganz oder teilweise durch eine inter-

nationale Handlung zwecks Durchsetzung internationaler Verträge geschlossen werden könne.

Der dritte Punkt ist die möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und die Errichtung der Gleichheit der Handelsbedingungen aller Nationen, die sich dem Frieden anschließen und sich zu seiner Aufrechterhaltung vereinigen.

Die vierte Bedingung ist, daß entsprechende Garantien gegeben und angenommen werden, daß die Rüstungen der Völker auf das niedrigste mit der inneren Sicherheit zu vereinbarende Maß herabgesetzt werden.

Der fünfte Punkt ist die freie, aufrichtige und vollkommen unparteiische Ordnung aller kolonialen Forderungen, die auf der strengen Befolgung des Grundsatzes begründet ist, daß bei der Entscheidung aller Souveränitätsfragen die Interessen der in Betracht kommenden Bevölkerungen das gleiche Gewicht haben müssen, wie die berechtigten Forderungen der Regierungen, deren Rechte abgegrenzt werden müssen.

Der sechste Punkt betrifft die Räumung des ganzen russischen Gebietes und eine solche Regelung aller Rußland betreffenden Fragen, die das beste und freieste Zusammenwirken der anderen Nationen der Welt sichert, um für Rußland die unbehinderte Gelegenheit zu erlangen, unabhängig über seine eigene politische Entwicklung und nationale Politik zu entscheiden und Rußland die aufrichtige, freundliche Aufnahme in die Gesellschaft der freien Nationen unter Gesetzen, wie es sie selbst will, zu sichern; und mehr als das: Unterstützung in allen Dingen, die Rußland braucht und selbst wünscht. Die Behandlung, die Rußland von seinen Schwesternationen in den kommenden Monaten gewährt werden wird, wird eine klare Probe auf ihren guten Willen sein und ihr Verständnis für Rußlands Nöte zum Unterschied von ihren eigenen Interessen.

Siebenter Punkt: Die ganze Welt wird zustimmen, daß Belgien geräumt und wiederhergestellt werden muß, ohne daß irgendein Versuch unternommen wird, seine Souveränität, deren es sich in Gemeinschaft mit allen anderen freien Nationen erfreut, zu beschränken. Keine einzige andere Handlung wird so wie diese dazu dienen, das Vertrauen unter den Nationen in die Gesetze, die sie selbst zur Regelung ihrer Beziehungen untereinander festgesetzt haben, wiederherzustellen. Ohne diese versöhnliche Handlung wäre das ganze Gefüge und die Kraft des internationalen Völkerrechtes für immer beeinträchtigt.

Achter Punkt: Das ganze französische Gebiet soll befreit und die besetzten Teile wiederhergestellt werden. Das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 in der elsäß-lothringischen Frage geschehen ist und das den Weltfrieden seit nahezu 50 Jahren beunruhigt hat, soll wieder gut gemacht werden, damit der Frieden wieder im Interesse aller gesichert wird.

Neunter Punkt: Die Berichtigung der Grenzen Italiens soll nach klar erkennbaren nationalen Linien vorgenommen werden.

Zehnter Punkt: Den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, soll die erste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gewährt werden.



Elfter Punkt: Rumänien, Serbien und Montenegro sollen geräumt und die besetzten Gebiete wieder hergestellt werden. Serbien soll ein freier und sicherer Zugang zum Meere gewährt werden. Die Beziehungen der verschiedenen Balkanstaaten untereinander sollen durch freundliche Botsprechungen entsprechend der geschichtlich gegebenen Linien der Zugehörigkeit der Nationalität festgesetzt werden. Für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Unversehrtheit der verschiedenen Balkanstaaten sollen Garantien geschaffen werden.

Zwölfter Punkt: Den türkischen Teilen des jetzigen Osmanischen Reiches sollte der sichere Genuß der Souveränität zugesichert werden, aber den anderen Nationalitäten, die sich jetzt unter türkischer Herrschaft befinden, sollte ebenso unzweifelhaft Sicherheit des Lebens und absolut unbelästigte Gelegenheit zu autonomer Entwicklung gesichert werden. Die Dardanellen sollten als freie Durchfahrt für die Schiffe und den Handel aller Nationen unter internationalen Garantien geöffnet werden.

Dreizehnter Punkt: Ein unabhängiger polnischer Staat, der die von zweifellos polnischer Bevölkerung bewohnten Gebiete einschließen müßte, sollte errichtet werden. Er müßte freien Zugang zum Meere haben. Seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und territoriale Integrität müßte durch einen internationalen Vertrag garantiert werden.

Vierzehnter Punkt: Ein allgemeiner Völkerbund muß errichtet werden. Spezielle Verträge müssen für gegenseitige Garantien der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität für große und kleine Staaten in gleicher Weise sorgen.

In Bezug auf diese wesentlichen Berichtigungen des Unrechts und die Geltendmachung des Rechts fühlen wir uns als den Regierungen und Völkern eng angeschlossen, die sich gegen die imperialistischen Listen zusammengenagt haben. Wir können nicht durch unsere Interessen von einander getrennt, durch unsere Ziele geschieden werden. Wir stehen bis zum Ende zusammen. Für diese Abmachungen und Verträge wollen wir kämpfen und den Kampf fortsetzen, bis sie erreicht sind. Aber nur weil wir wünschen, daß das Recht sich behauptet und weil wir einen gerechten und dauerhaften Frieden verlangen, der nur durch Entfernung der Hauptursachen des Krieges, die dieses Programm aus der Welt schafft, gesichert werden kann. Wir sind auf die Größe Deutschlands nicht eifersüchtig und in diesem Programm ist nichts, was sie schmälern (?) Wir neiden ihm keine wissenschaftliche Errungenschaft und Auszeichnung, keine Unternehmung, die dazu beitrug, ihm einen glänzenden und beneidenswerten Ruf zu verschaffen. Wir wünschen nicht, es zu verletzen oder seinen Einfluß und seine Macht, soweit sie berechtigt sind, zu hemmen. Wir wünschen es weder mit den Waffen noch mit feindlichen Handelsvereinbarungen zu bekämpfen, wenn es willens ist, sich mit uns anderen friedliebenden Nationen der Welt in gerechten Verträgen zu vereinigen. Wir wünschen nur, daß es einen gleichberechtigten Platz unter den Völkern der Welt einnimmt — der neuen Welt, in der wir jetzt leben. Wir erkünnen uns auch nicht, Deutschland irgendeine Änderung oder Umbildung seiner Einrichtungen vorzuschlagen. Aber wir müssen offen sagen, daß es Vorbedingung jeder vernünftigen Verhandlung unsererseits mit Deutschland ist, daß wir wissen, für wen

seine Wortführer sprechen, nämlich ob für die Reichstagsmehrheit oder für die Militärpartei und für diejenigen, die an eine Weltherrschaft glauben.

Wir haben jetzt gewiß in zu deutlichen Ausdrücken gesprochen, um noch irgendeinen Zweifel oder eine Frage offen zu lassen. Ein deutlicher Grundsatz geht durch das ganze Programm, das ich entworfen habe. Es ist der Grundsatz der Gerechtigkeit für alle Völker und Nationalitäten und ihr Recht, unter gleichen Bedingungen in Freiheit und Sicherheit miteinander zu leben, gleichgültig, ob sie stark oder schwach sind. Wenn dieser Grundsatz nicht zur Grundlage gemacht wird, kann kein Teil des Baues internationaler Gerechtigkeit Bestand haben. Das Volk der Vereinigten Staaten könnte nach keinem anderen Grundsatz handeln und ist bereit, der Verteidigung dieses Grundsatzes Leben, Ehre und alles, was es besitzt, zu weihen. Der moralische Höhepunkt dieses kulminierenden endgültigen Krieges für die menschliche Freiheit ist gekommen. Das amerikanische Volk ist bereit, seine eigene Kraft, sein eigenes höchstes Ziel und seine eigene Lauterkeit und Hingabe auf die Probe zu stellen.



## Rede vor dem Kongreß, gehalten am 12. Februar 1918.

Aus der „Neuen Freien Presse“ vom 15. Februar 1918.

Reuter meldet: Präsident Wilson hielt heute folgende Rede an den Kongreß:

Am 8. Jänner hatte ich die Ehre, zu Ihnen über die Kriegsziele zu sprechen, wie sie unser Volk auffaßt. Der englische Premierminister hat am 5. Jänner in ähnlichen Ausdrücken gesprochen. Auf diese Reden antworteten der deutsche Reichskanzler am 24. Jänner und Graf Czernin für Österreich-Ungarn am gleichen Tage. Es ist erfreulich zu hören, daß unser Wunsch so bald verwirklicht wird, daß nämlich jeder Austausch der Ansichten über diesen großen Gegenstand vor den Ohren der ganzen Welt vollzogen werde.

Die Antwort des Grafen Czernin, der Hauptsache nach an meine Adresse auf meine Rede vom 8. Jänner gerichtet, ist in einem sehr freundlichen Ton gehalten. Er erblickt in meiner Erklärung eine hinreichend ermutigende Annäherung an die Auffassungen seiner eigenen Regierung, um seinen Glauben zu rechtfertigen, daß sie eine Grundlage für eine eingehendere Besprechung der Ziele durch die beiden Regierungen liefern. Er soll angedeutet haben, daß die Ansichten, die er zum Ausdruck gebracht hat, zuvor mir mitgeteilt worden seien und daß ich zu der Zeit, da er sie äußerte, von ihnen unterrichtet gewesen sei. Hierin ist er aber sicherlich mißverstanden worden. Ich hatte keine Mitteilung von dem, was er zu sagen beabsichtigte, empfangen. Es war natürlich auch kein Grund vorhanden, weshalb er sich privatim mit mir hätte in Verbindung setzen sollen. Ich bin ganz zufrieden, zu seiner öffentlichen Zuhörerschaft zu gehören.

Ich muß sagen, Graf Hertlings Antwort ist sehr unbestimmt und sehr verwirrend. Sie ist voll zweideutiger Sätze und es ist nicht klar, wohin sie führt. Aber sie ist sicherlich in einem von dem Tone der Rede des Grafen Czernin sehr verschiedenen Tone gehalten und augenscheinlich mit einem entgegengesetzten Zweck. Sie bestätigt leider mehr den unglückseligen Eindruck, den wir aus den Konferenzen in Brest-Litowsk gewonnen haben, als daß sie ihn beseitigt. Seine Erörterung und die Annahme unserer allgemeinen Grundsätze führt ihn zu keiner praktischen Folgerung. Er weigert sich, sie auf die wesentlichen Punkte anzuwenden, die den Inhalt jeder endgültigen Abmachung bilden müssen. Er ist mißtrauisch gegen eine internationale Aktion und gegen eine internationale Beratung. Er akzeptiert, wie er sagt, den Grundsatz öffentlicher Diplomatie, aber er

scheint darauf zu bestehen, daß diese wenigstens im vorliegenden Falle auf Allgemeinheiten beschränkt werde und daß die verschiedenen Einzelfragen über Gebiet und Staatsoberhaupt, jene Fragen, von deren Lösung die Annahme des Friedens seitens der 23 jetzt im Kriege befindlichen Staaten abhängt, nicht in allgemeinen Beratungen, sondern getrennt von den infolge ihrer Nachbarschaft nächstbeteiligten Nationen erörtert und geschlichtet werden. Er stimmt der Freiheit der See zu, aber ist zweifelhaft über irgendeine Beschränkung dieser Freiheit durch internationale, im Interesse der Weltordnung getroffene Maßnahmen. Er würde mit bedingungsloser Freude die Wirtschaftsschranken zwischen den einzelnen Ländern verschwinden sehen, weil diese in keiner Weise den Bestrebungen der Militärpartei, mit der er sich scheinend bemüht, gute Beziehungen zu unterhalten, hinderlich sein würden. Ebensovienig erhebt er Einwände gegen eine Beschränkung der Rüstungen. Diese Angelegenheit wird sich, wie er glaubt, durch die Wirtschaftslage, die dem Kriege folgen wird, von selbst regeln. Die deutschen Kolonien aber, verlangt er, müssen ohne Erörterung zurückgestellt werden. Er will mit niemanden als mit den Vertretern Rußlands über das, was mit den Völkern und Ländern der baltischen Länder geschehen soll, sprechen; mit niemanden als mit der französischen Regierung, die „Bedingungen“, zu welchen das französische Gebiet geräumt werden soll, erörtern. Lediglich mit Österreich-Ungarn will er besprechen, was mit Polen geschehen soll. Die Lösung aller die Balkanstaaten betreffenden Fragen überweist er, wie ich ihn verstehe, Österreich-Ungarn und der Türkei und die Vereinbarungen, die hinsichtlich der nichttürkischen, dem gegenwärtigen Ottomanischen Reiche zugehörigen Völker getroffen werden müssen, den türkischen Behörden allein. Nachdem ein Abkommen nach allen Seiten in dieser Weise durch Einzelverhandlungen und Zugeständnis erzielt worden ist, hätte er, wenn ich seine Erklärung richtig auslege, keine Einwendung gegen eine Liga der Nationen, die es unternehmen würde, das neue Gleichgewicht der Kräfte gegen Störungen von außen zu sichern.

Es muß für jeden, der erkennt, wie dieser Krieg die Meinung und Stimmung der Welt gestaltet hat, offensichtlich sein, daß auf diese Weise unmöglich ein allgemeiner Friede, ein Friede, der die unendlichen Opfer dieser Jahre tragischer Leiden wert ist, erreicht werden kann. Die Methode, die der deutsche Reichskanzler vorschlägt, ist jene des Kongresses von Wien. Wir können und wollen nicht dahin zurückkehren. Was auf dem Spiele steht, ist der Weltfriede, was wir erringen wollen, ist eine neue Völkerordnung, aufgebaut auf einem weitsichtigen und allumfassenden Grundsatz von Recht und Gerechtigkeit, nicht bloß ein Friede von Nähten und Flecken. Es ist möglich, daß Graf Hertling dies nicht sieht oder nicht versteht. Lebt er mit seinen Gedanken tatsächlich noch in einer verlassenen Welt? Hat er die Reichstagsentscheidung vom 19. Juli völlig vergessen oder übersieht er sie absichtlich? Diese spricht von Bedingungen für einen allgemeinen Frieden, nicht von nationaler Ausdehnung oder von Vereinbarungen von Staat zu Staat. Der Weltfriede hängt von der gerechten Schlichtung jedes der verschiedenen Probleme ab, auf welche ich in meiner kürzlichen Botschaft an den Kongreß hingewiesen habe. Ich meine selbst-



verständlich nicht, daß der Weltfriede von der Annahme irgendeiner bestimmten Gruppe von Vorschlägen über die Art, in der diese Probleme gelöst werden sollen abhängt. Was ich meine, ist lediglich, daß diese Probleme, jedes für sich und insgesamt, die ganze Welt angehen und daß, wenn sie nicht im Geiste selbstloser und unbeflügelter Gerechtigkeit gelöst werden, im Hinblick auf die Wünsche natürlicher Zusammengehörigkeit und völkischer Ansprüche sowie auf die Sicherheit und den gütigen Frieden der betroffenen Völker, kein dauernder Frieden erreicht werden kann. Diese Probleme können nicht getrennt und in abgeschiedenen Ecken erörtert werden. Niemand darf davon ausgeschlossen werden.

Was immer den Frieden betrifft, betrifft auch die Menschheit, und was durch militärische Macht geschlichtet ist, ist, wenn in ungerechter Weise geschieden, keineswegs beigelegt. Es müßte alsbald wieder von neuem angefangen werden. Ist sich Graf Hertling nicht bewußt, daß er jetzt zu einem Gerichtshof der ganzen Menschheit spricht, daß alle erwachten Völker der Welt nun über all das zu Gericht sitzen, was jeder Staatsmann, gleichgültig welchen Landes, über die Folgen eines Konfliktes sagt, der sich nach allen Teilen der Welt ausgebreitet hat?

Die Reichstagsentscheidung vom Juli hatte die Entscheidung eines solchen Gerichtshofes offen angenommen. Es soll weder Annexionen noch Entschädigungen oder strafweisen Schadenersatz geben. Es sollen keine Völker durch eine internationale Konferenz oder eine Vereinbarung zwischen Gegnern von einer Staatshoheit an eine andere ausgeliefert werden. Nationale Ansprüche müssen beachtet werden. Die Völker dürfen nur noch gemäß ihrer eigenen Zustimmung beherrscht und regiert werden. Das „Selbstbestimmungsrecht“ ist nicht eine bloße Phrase. Es ist ein gebieterischer Grundsatz des Handelns, den die Staatsmänner künftig nur auf ihre eigene Gefahr mißachten werden.

Wir können keinen allgemeinen Frieden haben, nur weil wir ihn verlangen, oder durch einfache Vereinbarungen auf einer Friedenskonferenz. Er kann nicht aus getrennten Vereinbarungen zwischen mächtigen Staaten zusammengefügt werden. Alle Teilnehmer an diesem Krieg müssen zur Schlichtung jeder Frage, an der sie irgendwo beteiligt sind, sich zusammenfinden, denn, was wir suchen, ist ein Friede, den wir alle gemeinschaftlich garantieren und aufrechterhalten können, und jeder einzelne Punkt muß dem allgemeinen Urteil unterstellt werden, ob er recht und billig, sowie ein Akt der Gerechtigkeit und nicht etwa ein Handel zwischen Staatsoberhäuptern ist.

Die Vereinigten Staaten haben keinen Wunsch, sich in europäische Angelegenheiten einzumischen oder als Schiedsrichter in europäischen territorialen Streitigkeiten zu fungieren. Es ist unter ihrer Würde, sich einer inneren Schwäche oder Zerrüttung zu bedienen, um ihren Willen einem anderen Volke aufzuerlegen. Sie werden es gern hinnehmen, wenn man ihnen verständlich macht, daß Lösungen, die sie vorgeschlagen haben, nicht die besten oder dauerhaftesten sind. Sie sind lediglich ihre eigene provisorische Skizze der Grundsätze und der Art, in welcher sie angewendet werden sollen. Die Vereinigten Staaten sind jedoch in diesen Krieg eingetreten, weil sie, ob gewollt oder nicht, mitbetroffen von den Leiden

und der Ungebill, die von den militärischen Herren Deutschlands dem Frieden und der Sicherheit der Menschheit zugefügt wurden, gemacht worden sind; und die Friedensbedingungen betreffen sie fast ebensowehr wie sie irgendeine andere Nation, der eine führende Rolle in der Aufrechterhaltung der Zivilisation zufällt, betreffen.

Sie haben keinen Weg zu einem Frieden, bis die Ursachen dieses Krieges beseitigt werden und ihre Wiederkehr, soweit erreichbar, unmöglich gemacht werde. Dieser Krieg hatte seine Wurzeln in der Nichtbeachtung der Rechte der kleinen Nationen und Rassen, denen die Einigkeit und die Macht fehlte, ihre Ansprüche, ihre eigene Staatszugehörigkeit und ihre eigene Form des politischen Lebens durchzusetzen. Vertragliche Verpflichtungen müssen nun eingegangen werden, die solche Dinge künftighin unmöglich machen, und diese Verpflichtungen müssen durch die vereinigte Macht aller Nationen, die die Gerechtigkeit lieben und willens sind, sie um jeden Preis aufrechtzuerhalten, gestützt werden.

Wenn Gebietsfragen und politische Beziehungen der großen Völker, die keine organisierte Widerstandskraft haben, durch Verträge zwischen den mächtigen Regierungen, die sich für nächstbeteiligt halten, bestimmt werden sollen, wie Hertling vorschlägt, warum nicht auch wirtschaftliche Fragen? Es ist soweit gekommen, daß in der veränderten Welt, in der wir uns nun befinden, die Gerechtigkeit und die Rechte der Völker das ganze Gebiet internationaler Beziehungen ebensowehr berühren, wie der Zutritt zu den Rohmaterialien und zu billigen, gleichen Handelsbedingungen.

Hertling wünscht, daß die Hauptgrundlagen des kommerziellen und industriellen Lebens durch gemeinschaftliche Vereinbarungen und Garantien gewährleistet werden, aber er kann nicht erwarten, daß ihm das zugestanden wird, wenn die anderen Fragen, die in den Friedensartikeln festgelegt werden sollen, nicht in derselben Weise als Punkte in der Schlußabrechnung behandelt werden. Er kann nicht die Wohltat einer gemeinschaftlichen Vereinbarung auf einem Gebiete verlangen, ohne es auf einem anderen zugestehen. Ich halte es für sicher, daß er einsieht, daß selbstsichtige Sondervträge über den Handel und die wesentlichen Rohstoffe keine Grundlage für den Frieden abgeben würden, ebensowenig wie — er mag dessen versichert sein — selbstsichtige Sondervträge über Provinzen und Völker.

† Graf Czernin scheint die Grundlagen des Friedens mit klarem Auge anzusehen und er scheint sie nicht zu verdunkeln. Er sieht, daß ein unabhängiges Polen, gebildet aus allen unbestreitbar polnischen Bevölkerungen, die eine an die andere grenzen, eine Angelegenheit europäischen Übereinkommens ist und natürlich zugestanden werden muß, ferner daß Belgien gerettet und wiederhergestellt werden muß, gleichgültig, welche Opfer und Zugeständnisse dies mit sich bringen mag, und ferner, daß nationale Bestrebungen befriedigt werden müssen, sogar in seinem eigenen Reiche in gemeinsamen Interesse Europas und der Menschheit.

Wenn er über Fragen schweigt, die die Interessen und Absichten seiner Verbündeten näher als die Österreich-Ungarns allein betreffen, so ist es natürlich nur, weil er sich, wie ich vermute, gezwungen fühlt, unter Umständen auf Deutschland und die Türkei zu verweisen. Indem er die



wichtigen in Frage kommenden Prinzipien und die Notwendigkeit, sie offenherzig in die Tat umzusetzen, erkennt und ihnen zustimmt, fühlt er natürlicherweise, daß Österreich-Ungaru auf die Kriegsziele, wie sie von den Vereinigten Staaten ausgedrückt wurden, mit weniger Schwierigkeit, als dies Deutschland möglich ist, eingehen kann.

Er würde wahrscheinlich noch weiter gegangen sein, wenn er auf Österreich-Ungarns Bündnis und seine Abhängigkeit von Deutschland keine Rücksicht zu nehmen gehabt hätte.

Die Untersuchung, ob es den beiden Regierungen möglich sein wird, in diesem Austausch der Ansichten fortzuschreiten, ist einfach und klar. Die anzuwendenden Grundsätze sind die folgenden: >

1. Daß jeder Teil einer endgültigen Vereinbarung auf der Gerechtigkeit in dem bestimmten Fall und auf einem solchen Ausgleich aufgebaut sein muß, von dem es am wahrscheinlichsten ist, daß er einen Frieden, der dauernd ist, herbeiführen wird.

2. Daß Völker und Provinzen nicht von einer Staatsobohheit in eine andere herungeschaubt werden, als ob es sich lediglich um Gegenstände oder Steine in einem Spiele handelte, wenn auch in dem großen Spiele des Gleichgewichtes der Kraft, das nun für alle Zeiten diskreditiert ist, daß jedoch

3. jede Lösung einer Gebietsfrage, die durch diesen Krieg aufgeworfen worden ist, im Interesse und zugunsten der betroffenen Bevölkerungen und nicht als Teil eines bloßen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen getroffen werden müsse.

4. Daß alle klar umschriebenen nationalen Ansprüche die weitestgehende Befriedigung finden sollen, die ihnen zuteil werden kann, ohne neue Elemente oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gognerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden, aufzunehmen. Ein allgemeiner Friede, auf solcher Grundlage errichtet, kann erörtert werden. Bis ein solcher Friede gesichert ist, haben wir keine andere Wahl, als mit dem Kriege fortzufahren.

Soweit wir es beurteilen können, sind diese Grundsätze, die wir als grundlegend betrachten, schon überall als zwingend akzeptiert, außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Annexionspartei. Wenn sie anderwärts verworfen wurden, sind die Widersprechenden nicht genügend zahlreich oder einflußreich gewesen, um ihre Stimme vernehmbar werden zu lassen. Es ist ein tragischer Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland anscheinend willens und fähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt nun als gerecht ansieht.

Ich wäre kein wahrhafter Wortführer des Volkes der Vereinigten Staaten, wenn ich nicht nochmals sagen würde, daß wir in diesen Kriege wegen keines kleinen Anlasses eingetreten sind und daß wir auf dem grundsätzlich eingeschlagenen Weg niemals umkehren können. Unsere Hilfsquellen sind jetzt teilweise mobilisiert und wir werden nicht ruhen, bis dies nicht in Gänze geschehen ist. Unsere Truppen werden rasch zur Front geschickt und die Sendungen werden noch beschleunigt werden.

Unsere ganze Kraft wird in diesem Kriege der Befreiung eingesetzt werden, einer Befreiung von der Bedrohung und von den auf Vorherrschaft gerichteten Versuchen selbstsichtiger Gruppen von autokratischen Herrschern.

Was immer auch die Schwierigkeiten und die gegenwärtig teilweisen Verzögerungen sein mögen, wir sind in unserer Kraft der unabhängigen Tat unbezwinglich und können unter keinen Umständen zustimmen, in einer Welt, die von Ränken und Gewalt regiert wird, zu leben. Wir glauben, daß unser eigenes Verlangen nach einer neuen Weltordnung, in welcher Vernunft, Gerechtigkeit und das allgemeine Interesse der Menschheit regieren, das Verlangen der aufgeklärten Menschen überall ist.

Ohne diese neue Weltordnung wird die Welt ohne Frieden sein. Dem menschlichen Leben werden erträgliche Existenz- und Entwicklungsbedingungen fehlen. Nachdem wir einmal unsere Hand an die Durchführung dieser Aufgabe gelegt haben, werden wir nicht mehr umkehren. Ich hoffe, daß ich es nicht nötig habe, hinzuzufügen, daß kein Wort, das ich gesagt habe, als Drohung gemeint ist. Das entspricht nicht der Gesinnung unseres Volkes.

Ich habe so gesprochen, nur damit die ganze Welt die wirkliche Stimmung Amerikas kennen lernen möge, daß die Menschen überall wissen sollen, daß unsere Leidenschaft für Gerechtigkeit und Selbstregierung nicht gelegentlich eine Leidenschaft in Worten, sondern eine solche ist, die einmal in Taten umgesetzt, befriedigt werden muß. Die Macht der Vereinigten Staaten ist für keine Nation und für kein Volk eine Bedrohung. Sie wird niemals zu Angriffszwecken oder für Befriedigung selbststichtiger Interessen angewendet werden. Sie entspringt der Freiheit und steht im Dienste der Freiheit.



## Rede am Grabe Washingtons

am 4. Juli 1918.

Nach der Ausgabe des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Das Grab Washingtons ist keine Stütze des Todes, sondern eine Stütze der Tat. Es ist sehr bezeichnend für Washington und seine Helfer, daß sie nicht für eine Klasse sprachen, sondern für ein Volk. Ihr bewußtes Ziel war, die Menschheit aller Klassen zu befreien und aus Amerika einen Zufluchtsort für die Menschen aller Länder zu machen, wenn sie den Wunsch hatten, die Rechte und Privilegien freier Männer zu teilen. Wir haben dieselben Ziele wie sie. Wir in Amerika glauben, daß unsere Teilnahme an Kriegen nur die Frucht ist von dem, was sie gesät haben. Unsere Auffassung von dem großen Streit, in dem wir verwickelt sind, ist folgende: Auf der einen Seite stehen Völker der Welt, nicht nur die, die an dem Kampfe teilnehmen, sondern auch viele andere, die unter der Oberherrschaft leiden, die Völker vieler Rassen und aller Teile der Welt, auch Rußland. Ihnen steht eine isolierte Gruppe freundloser Regierungen gegenüber, die keine gemeinschaftlichen Ziele vor Augen haben, sondern nur ihren eigenen selbststichtigen Ehrgeiz zu befriedigen suchen, während ihre Völker nur Brandstoff in ihren Händen sind, Regierungen, die mit einer primitiven Macht bekleidet sind, die aus einer Zeit stammt, die uns vollkommen fremd und feindlich ist. Vergangenheit und Gegenwart sind in einen Kampf auf Leben und Tod verwickelt. Das Ergebnis muß endgültig sein. Wir würden keinen Vergleich und keine halbe Entscheidung dulden können. Es würde auch keine halbe Entscheidung möglich sein.

Die verbündeten Völker kämpfen für folgende Ziele, die verwirklicht sein müssen, ehe Friede werden kann:

1. Vernichtung jeder Willkür und Macht, die für sich allein und heimlich den Frieden der Welt stören kann und, wenn ihre Vernichtung jetzt nicht möglich ist, mindestens ihre Herabdrückung zu tatsächlicher Machtlosigkeit.
2. Regelung aller Fragen, sowohl der territorialen wie der Souveränitätsfragen, der wirtschaftlichen und der politischen Fragen auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung durch das Volk, das unmittelbar dabei betroffen ist, und nicht auf Grundlage eines materiellen Interesses oder Vorteils irgendeines anderen Volkes, das eine andere Regelung zur Ausbreitung seines Einflusses oder seiner Herrschaft wünscht.
3. Einwilligung aller Völker, in ihren Verhältnissen zueinander, sich von denselben Grundsätzen der Ehre und Achtung vor dem Gewohnheits-

recht der zivilisierten Gesellschaft leiten zu lassen, wie sie für die einzelnen Bürger moderner Staaten gelten, dergestalt, daß alle Versprechungen und Verträge gewissenhaft beobachtet, daß keine Sonderanschläge und Verschwörungen angezettelt werden und daß das wechselseitige Vertrauen geschaffen wird auf der Basis wechselseitiger Achtung vor dem Recht.

4. Schaffung einer Friedensorganisation, die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhüten wird, und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden sollen.

Diese großen Ziele können wir in einen Gedanken zusammenfassen: Wir streben nach der Herrschaft des Rechtes, gegründet auf die Zustimmung der Regierten und gestützt durch die organisierte Meinung der Menschheit.

Die großen Ziele kann man nicht erreichen, indem man die Wünsche der Staatsmänner und ihre Bitte für das Gleichgewicht der Macht für die großen Nationen erörtert und sie zu versöhnen und einander anzupassen sucht. Sie können nur verwirklicht werden durch Bestimmung der Wünsche der Völker der Welt mit ihrer Sehnsucht und Hoffnung auf Gerechtigkeit und soziale Freiheit. Der Friede bietet hierzu gute Gelegenheit. Ich kann mir vorstellen, daß die Luft dieses Platzes die Äußerung solcher Grundsätze besonders gern aufnimmt. Hier beginnen die Kräfte, die die große Nation, gegen die sie anfänglich gerichtet waren, als Revolte gegen ihre rechtmäßige Herrschaft betrachtete. Aber seitdem hat sie darin längst einen Schritt zur Befreiung ebenso ihres eigenen wie des amerikanischen Volkes erblickt und ich stehe jetzt hier voller Stolz, um mit zuversichtlicher Hoffnung von der Ausdehnung dieser Revolte und dieser Befreiung auf der großen Weltbühne zu sprechen. Die verblendeten Machthaber Preußens haben Kräfte ins Leben gerufen, die sie wenig kannten, Kräfte, die, wenn sie einmal erwirkt, niemals wieder zu Boden geschlagen werden können; denn sie besitzen einen Geist und einen Endzweck, die unsterblich sind und den Triumph verbürgen.



## Rede

anlässlich der Ausschreibung der vierten Freiheitsanleihe in  
New-York am 27. September 1918.

Nach der Ausgabe des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

K. London, 30. September. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)  
In seiner Rede führte Präsident Wilson aus:

Der Völkerbund kann nicht jetzt geformt werden. Wenn er jetzt geformt würde, würde er nur ein neues, auf die gegen den gemeinsamen Feind assoziierten Nationen beschränktes Bündnis sein. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß er nach Friedensschluß geformt werden könnte. Es ist notwendig, den Frieden zu garantieren und der Friede kann nicht als nachträglicher Einfall (as afterthought) garantiert werden. Die Ursache, warum ich wieder in klaren Worten darüber spreche, warum er garantiert werden muß, ist, daß es Teilnehmer an dem Frieden geben wird, deren Versprechungen sich als unzuverlässig herausgestellt haben und daß deshalb im Zusammenhang mit dem Friedensabkommen selbst Mittel gefunden werden müssen, um diese Quelle der Unsicherheit zu entfernen. Es wäre töricht, die Garantie einer späteren freiwilligen Aktion einer Regierung zu überlassen, die, wie wir gesehen haben, Rußland zerstört und Rumänien betrogen hat. Aber diese allgemeinen Worte geben noch kein Bild von der ganzen Sache. Es sind noch einige von diesen Einzelheiten, und ich spreche davon mit umso größerem Vertrauen, weil ich bestimmt erklären kann, daß sie die Auffassung der Regierung über ihre eigene Pflicht mit Bezug auf den Frieden darstellen.

1. Die unparteiische Gerechtigkeit, die zugemessen wird, darf keine Unterscheidung zwischen denen mit sich bringen, denen gegenüber wir gerecht zu sein wünschen und jenen, denen gegenüber wir nicht gerecht zu sein wünschen. Es muß eine Gerechtigkeit sein, die keine Begünstigten kennt und keine Abstufungen, sondern nur gleiche Rechte für die beteiligten Völker.

2. Kein besonderes, abgesondertes Interesse irgendeiner einzelnen Nation oder Gruppe von Nationen kann zur Grundlage irgendeines Teiles des Abkommens gemacht werden, wenn es sich mit dem gemeinsamen Interesse aller nicht verträgt.

3. In der gemeinsamen Familie des Völkerbundes kann es kein Band, kein Bündnis und auch keine besonderen Verträge oder Vereinbarungen geben.

4. Es kann innerhalb des Bundes keine besonderen, selbstischen wirtschaftlichen Kombinationen geben, keine Anwendung wirtschaftlichen

Boykotts in irgendeiner Form oder Ausschließung, ausgenommen die Machtvollkommenheit, die dem Völkerbunde erteilt wird, wirtschaftliche Strafen durch Ausschluß von den Weltmärkten zu verhängen und diese wiederum als Mittel der Disziplin und Kontrolle.

5. Alle internationalen Abmachungen und Verträge jeder Art müssen vollinhaltlich der übrigen Welt mitgeteilt werden.

Die besonderen Bündnisse und die wirtschaftlichen Rivalitäten und Feindschaften sind in der modernen Welt eine ergiebige Quelle von Plänen gewesen, die Kriege heraufbeschworen haben. Ein Friede der dies nicht in bestimmten Ausdrücken ausschliesse, würde unaufrichtig und ungewiß sein. Das Vertrauen, mit dem ich für unser Volk über diese Dinge spreche, entspricht nicht nur den Traditionen und den wohlbekannten Grundsätzen internationaler Akte, zu denen wir uns immer bekannt haben und denen wir immer gefolgt sind. In demselben Satze, in dem ich sage, die Vereinigten Staaten schließen keine besonderen Verträge oder Abkommen mit einzelnen Nationen, bin ich auch bereit zu sagen, daß die Vereinigten Staaten willens sind, ihren vollen Anteil an der Verantwortlichkeit für die Einhaltung der gemeinsamen Abmachungen und Verträge, auf denen der Friede in der Zukunft beruhen muß, zu übernehmen. Wir lesen noch immer Washingtons unsterbliche Warnung vor umgarnenden Verträgen mit vollem Verständnis und mit der Absicht, sie zu befolgen. Aber nur besondere und ungrenzte Bündnisse umgarnen und wir anerkennen und akzeptieren die Pflicht des neuen Tages, an dem uns gestattet wird, auf das allgemeine Bündnis zu hoffen, das Verwicklungen und die Erhaltung gemeinsamer Rechte klären wird. Ich gab eine Analyse der internationalen Lage, die durch den Krieg erzeugt wurde, nicht weil ich bezweifle, ob die Führer der großen Nationen und Völker, mit denen wir assoziiert sind, derselben Ansicht sind und ähnliche Zwecke verfolgen, sondern weil die Atmosphäre alle Augenblicke von Nebeln, grundlosen Zweifeln und böswilligen Verdrehungen verdunkelt wird und weil es notwendig ist, immer wieder dem unverantwortlichen Gerede über Friedensintrigen entgegenzutreten, das die Moral schwächt.

Wie ich bereits gesagt habe, haben weder ich noch irgendjemand anderer von der Regierung dem Kriegsproblem seine Form gegeben. Ich bin nur mit der Einsicht, die mir zur Verfügung steht, auf sie eingegangen, aber ich bin gerne darauf eingegangen mit einer Entschlossenheit, die in dem Maße wärmer und vertrauensvoller geworden ist, in dem die Kriegsfragen immer klarer geworden sind. Es ist jetzt klar, daß es sich um Fragen handelt, die niemand entstellen kann, wenn er es nicht absichtlich tut. Ich muß für sie kämpfen, und zwar so für sie kämpfen, wie die Zeit und die Umstände sie mir und der ganzen Welt enthielten. Unsere Begeisterung für sie wird immer unüberwindlicher. Sie stehen in immer lebendigeren, immer weniger mißverständlichen Umrissen da, und die Mächte, die für sie kämpfen, schließen sich enger und enger aneinander und organisieren ihre Millionen in mehr und mehr unbesiegbare Macht in dem Maße, in dem wir die Gedankenwelt und die Absichten der Völker, die daran beteiligt sind, immer deutlicher werden. Es ist eine Eigentümlichkeit dieses großen Krieges, daß die Gedanken der Menschenmenge, die, wie man annimmt,



von den Staatsmännern geformt und geleitet werden, während die Staatsmänner nach Definitionen ihrer Ziele zu suchen und manchmal ihren Standpunkt zu verändern scheinen, immer klarer und sicherer darüber werden, wofür sie kämpfen. Die nationalen Ziele sind mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Das gemeinsame Ziel einer erleuchteten Menschheit hat ihren Platz eingenommen. Die Ratschläge einfacher Männer sind immer einfacher, ehrlicher und einheitslicher als die Ratschläge der von Sophistik angekränkelten Staatsmänner, die noch immer der Meinung sind, daß sie der Mächte Spiel spielen und es mit hohen Einsätzen spielen. Das ist es, warum ich sagte, daß dies ein Volkskrieg und nicht ein Krieg der Staatsmänner ist. Die Staatsmänner müssen dem geklärten, allgemeinen Empfinden folgen oder sie werden zerschmettert werden. Ich glaube, daß das die Bedeutung der Tatsache ist, daß Versammlungen und Vereinigungen verschiedenster Art, die aus einfachen Arbeitsleuten bestanden, verlangt haben, daß die Leiter ihrer Regierungen ihnen deutlich und genau erklären sollen, wo sie mit diesem Kriege eigentlich hinaus wollen und wie sie sich die eigentlichen Punkte des schließlichen Friedensabkommens denken. Sie sind mit dem, was ihnen gesagt wurde, noch nicht zufrieden. Vielleicht haben die Staatsmänner dieses veränderte Aussehen der ganzen Welt, der Politik der Aktion noch immer nicht richtig erkannt. Aber ich will gerne immer wieder versuchen zu antworten, in der Hoffnung, es immer klarer zu machen, daß die allgemeinen Gedanken darauf gerichtet sind, diejenigen zu befriedigen, die in Keil und Glied kämpfen und die vielleicht vor allem anderen das Recht auf eine Antwort haben, deren Bedeutung niemand ohne Entschuldigung mißverstehen kann, wenn er die Sprache, in der sie erteilt wird, versteht oder jemanden aufreizen kann, der sie korrekt in seine eigene Sprache übersetzt. Ich glaube, daß die Leiter der Regierungen, mit denen wir assoziiert sind, wenn sie sich die Gelegenheit darbietet, ebenso deutlich sprechen werden, wie ich zu sprechen versucht habe. Ich hoffe, daß sie frei heraus sagen werden, ob sie glauben, daß ich in meiner Auslegung des Problems, um das es geht, irre oder in meinen Ansichten über die Mittel, durch die eine befriedigende Lösung erreicht werden kann. Eine Einheitslichkeit von Absicht und Entschluß ist in diesem Kriege ebenso unbedingt notwendig, wie das einheitliche Kommando auf dem Schlachtfelde notwendig war und mit einer vollständigen Einheitslichkeit von Absicht und Entschluß wird auch die Sicherheit eines vollständigen Sieges kommen. Er kann auf keine andere Weise erreicht werden. Die Friedensoffensiven (Peace drives) können nur dann mit Erfolg neutralisiert und zum Schweigen gebracht werden, wenn man zeigt, daß jeder Sieg gegen Deutschland die assoziierten Nationen und Völker jener Art von Frieden näher bringt, die allen Völkern Sicherheit und Beruhigung bringen wird und die Wiederkehr eines solchen Kampfes für immer unmöglich machen wird. Deutschland spricht fortwährend von Bedingungen, die es anzunehmen bereit ist und findet immer wieder, daß die Welt keine Friedensbedingungen will. Sie will den endgültigen Triumph der Gerechtigkeit und ein ehrliches Vorgehen.



Die Antwort, welche der Herr Präsident der Vereinigten Staaten auf die Mitteilung über meine Stellungnahme zu den in seiner Rede vom 12. Februar von ihm aufgestellten Grundprinzipien eines gerechten und dauerhaften Friedens mir zu übermitteln die Freundlichkeit hatte, bestärkt mich in der Ueberzeugung, dass zwischen den von ihm aufgestellten Grundsätzen einerseits und meinen Anschauungen andererseits jener Grad von Uebereinstimmung vorhanden ist, der nötig ist, damit eine Aussprache über die Bedingungen des von allen Völkern so heiss herbeigesehnten Friedens mit Aussicht auf Erfolg eingeleitet werden könnte. Die Antwort des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten enthält nichts, was mir die Hoffnung nehmen könnte, dass wir auch bezüglich der "Anwendung" dieser Grundsätze auf die einzelnen Fragen, von deren gerechter Lösung ein dauerhafter Friede abhängt, zu einem Einvernehmen gelangen werden. Allerdings bestärkt sie mich auch in der Auffassung, dass die Prüfung der Frage, ob derselbe Grad von Uebereinstimmung, der zwischen den von Herrn Wilson verkündeten Grundsätzen und meinen Anschauungen besteht, auch bei der Anwendung dieser Grundsätze auf die einzelnen zu lösenden Fragen vorhanden ist, am besten in einer direkten mündlichen Aussprache zwischen einem meiner Vertreter und einem Vertreter des Herrn Wilson erfolgen könnte. Eine schriftliche Auseinandersetzung über diese Fragen hat den Nachteil, dass sich dabei Missverständnisse, die in einer mündlichen Aussprache sofort aufgeklärt werden können, oft wochenlang hinschleppen. Dazu kommt dann noch die Umständlichkeit und Langwierigkeit dieses Vorgehens, die



im schreienden Gegensatz zu der begreiflicher Weise immer mehr erstarkenden Friedenssehnsucht aller Völker steht, denen wir mit dieser Aussprache dienen wollen. Ich glaube, dass es in einer solchen Aussprache gelingen würde, den Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten vollständig davon zu überzeugen, dass in den von ihm erwähnten speziellen Fragen auch wir eine Lösung anstreben, von welcher es, um seinen Ausdruck zu gebrauchen, "am wahrscheinlichsten ist, dass sie einen dauernden Frieden herbeiführen wird." Ich kann schon jetzt versichern, dass die Befriedigung jeder gerechten nationalen Aspiration jener slawischen Völkerschaften, welche so nahe keinem eigenen Lande angesiedelt sind, auch schon deshalb kein aufrichtiger Wunsch sein muss, weil nicht nur unsere Absicht, einen gerechten Frieden zu ermöglichen, sondern auch unsere eigenen bleibenden Interessen ein gutes Verhältnis zwischen uns und jenen Völkern verlangen, von welchen der Herr Präsident mit Recht hervorhebt, dass sie mit grossen Mengen kleiner Untertanen in so engen Beziehungen stehen. Wenn daher auch auf ihrer Seite dieses Bestreben ein gleiches ist, werden wir gerne hilfreiche Hand bieten, um auch unsererseits dazu beizutragen, die Bedingungen ihrer Existenz, ihres weiteren Fortschrittes und ihres Handels nach aussen günstiger zu gestalten, andererseits können wir das Recht, Völker und Provinzen ohne, ja gegen das ernste Interesse der dadurch betroffenen Völker von einer Staatsoberhoheit in die andere herumschieben - ein Recht, welches der Herr Präsident der Vereinigten Staaten mit gutem Grunde in Abrede



stellt - auch denjenigen Völkern nicht zuerkennen, die es mit dem falsch ausgelegten Gesichtspunkte einer nationalen Einheit begründen, welche angesichts der verschiedenen Entwicklung der in anderen Staaten lebenden, historisch anders entwickelten Völkerspaltungen diesen gar nicht erwünscht ist, und welche infolge der bunten nationalen Mischung in diesen Teilen Europas im Interesse einer einzelnen Nation gar nicht gelöst werden kann, ohne gegen gleichwertige Rechte anderer Völker zu verstossen. Eine mündliche Aussprache würde auch den Beweis dafür liefern, dass wir an der Adriatischen Küste keinerlei Tendenzen verfolgen, die mit irgendeinem der von Herrn Wilson aufgestellten Grundsätze im Widerspruch stünden, und dass wir nicht die Absicht haben, die Machtverhältnisse an der Adriatischen Küste zu unseren Gunsten zu verschieben, dass es aber, wenn wir nicht neue Elemente einer für die Ruhe Europas bedrohlichen Zwietracht schieben wollen, ein unerlässliches Erfordernis und ganz im Geiste des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten gelegen ist, an der Adriatischen Küste keinem der an ihr lebenden Völker eine unverhältnismässig grosse Machtstellung oder eine Oberherrschaft zu sichern, welche dazu führen könnte, sie gegen die anderen Völker auszunützen. So sind wir insbesondere Anhänger der Selbständigkeit Albaniens und wir würden es daher mit den oben aufgestellten Prinzipien nicht für vereinbarlich halten, wenn Italien dort einen territorialen Gewinn zu erringen versuchen würde. In einer direkten Aussprache würde es gewiss auch gelingen, den besten Weg zu finden, auf welchem sich die Rivalitäten und Antagonismen zwischen den Balkanstaaten



beseitigen liessen. Diese Rivalitäten wären bisher darauf zurückzuführen, dass es in diesen Teilen Europas bisher noch zu keiner durchgreifenden Konsolidierung der territorialen Verhältnisse gekommen ist. Diese kann jedoch erreicht werden, wenn man ernstlich bemüht ist, die einzelnen Fragen lediglich im Interesse und zu Gunsten der betreffenden Bevölkerungen zu lösen, wie es auch Herr Wilson mit Recht wünscht. Ich habe auch schon angedeutet, dass nach dieser Richtung hin unter anderem die Vereinigung der in ethnischer und historischer Hinsicht bulgarischen Gebiete mit dem Mutterlande, die Gewährung der nötigen wirtschaftlichen Expansionsmöglichkeiten für Serbien und andere Staaten jene Fragen sind, für welche eine auch in den Einzelheiten zweckentsprechende Lösung im gemeinsamen Einvernehmen zu suchen und sicher auch zu finden sein wird. Ich zweifle nicht, dass sich auch bezüglich des Schutzes der vom ottomanischen Reiche abhängigen nicht-türkischen Nationalitäten eine Lösung erreichen lässt, welche einerseits den vom Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündigten Grundsätzen und andererseits den berechtigten Souveränitätsrechten der Türkei vollauf Rechnung trägt. Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten fragt auch, welche ganz bestimmte Konzessionen an Italien ich als gerecht betrachten würde. Als gerecht würden wohl auch nach der Ansicht des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten solche Konzessionen zu betrachten sein, die den von ihm vertretenen Grundsätzen entsprechen. Nun sind jedoch die territorialen Aspirationen des italienischen Staates, so wie sie in diesem Kriege offen kundgegeben



wurden, keine solchen, die mit den von Herrn Wilson aufgestellten Grundsätzen auch nur im entferntesten im Einklang stehen. Italien hat verlangt, dass ihm das ganze Gebiet bis zum Brenner und fast bis Leibach aus strategischen Gründen abgetreten werde. Das sind Forderungen, welche einen Eroberungskrieg charakterisieren und welche allen von Herrn Wilson aufgestellten Grundsätzen geradezu Hohn sprechen. Die Bevölkerung der Gebiete, um die es sich hier handelt, ist in ihrer ungeheuren Mehrheit deutsch oder slawisch und beide Völker hätten es als ein unerträgliches Joch empfunden, einem fremden Staate, mit dem sie nie die geringste Gemeinschaft an Interessen, Gefühlen oder Ideen gehabt haben, mit Gewalt unterworfen zu werden. Wenn ich also die Frage Herrn Wilsons so auffasse, wie sie nach all seinen Darlegungen allein aufgefasst werden kann: Welcher ganz bestimmte Wunsch Italiens "nicht als Teil eines blossen Ausgleiches oder Kompromisses der Ansprüche rivalisierender Stellen" (also in diesem Falle Oesterreich-Ungarns und Italiens), sondern "im Interesse und zu Gunsten der betroffenen Bevölkerungen" erfüllt werden sollen, so ist es nicht möglich, irgend welche Zugeständnisse als gerecht anzusehen. Italien strebt nach dem Besitze von Triest und des umliegenden Gebietes, das von weit mehr Slawen und Deutschen als Italienern bewohnt ist, dessen Bevölkerung, die italienische Minorität mit inbegriffen, sich seit mehr als 400 Jahren in Oesterreich eingelebt hat und eine Vereinigung mit Italien als die ärgste Katastrophe empfinden würde, welche diese Stadt betreffen kann, es strebt nach Gegenden im Karstgebirge, deren Bevölkerung durchwegs slawisch ist und



dem italienischen Volke, wo nicht feindselig, doch zum mindesten völlig fremd gegenübersteht. Es strebt nach dem Besitze der Ebene von Görz, deren Bevölkerung nicht italienisch, sondern friaulisch ist und ihrem Ursprung, ihrem Volkscharakter und ihrer Sprache nach nicht zum italienischen Volke gerechnet werden kann. Und es strebt endlich nach dem Besitze von Südtirol, das nie zu Italien gehört hat, dessen Bevölkerung ihre wirtschaftliche Existenz allein auf den durch keine Staatsgrenzen behinderten freien Verkehr mit den anderen Gebieten der österreichisch-ungarischen Monarchie stützen kann und für die daher die Loslösung von Oesterreich den wirtschaftlichen Ruin bedeuten und sie zwingen würde, sich eine neue Existenz zu suchen. All das wären keine Lösungen, die den grossherzigen Grundsätzen des Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten entsprechen würden, laut welchen "die Lösung der durch diesen Krieg aufgeworfenen Gebietsfragen im Interesse und zu Gunsten der betroffenen Bevölkerungen" geschlossen werden müssen. Der Herr Präsident der Vereinigten Staaten wird sich aus dem Gesagten davon überzeugt haben, dass ebenso wie er auch ich aufrichtig bemüht bin, für die Beendigung des Krieges eine Grundlage zu finden, die den gerechten Ansprüchen der beteiligten Völker angemessen ist und die daher die Elemente der Dauerhaftigkeit des auf sie aufzubauenen, von uns beiden angestrebten Friedens in sich birgt. Er wird sich davon überzeugt haben, dass wir diese Grundlage in ähnlichen Grundsätzen gefunden zu haben glauben, wie er sie zur Sicherung eines gerechten und dauerhaften Friedens aufgestellt hat. Was noch festzustellen



wäre, ist, ob wir, wie ich bestimmt glaube und hoffe, auch in der Anwendung dieser Grundsätze auf die einzelnen eine Lösung erheischenden Fragen ebenso übereinstimmen. Die von mir vorgeschlagene direkte Aussprache hätte gerade den Zweck, hierüber Gewissheit zu verschaffen und dem Herrn Präsidenten der Vereinigten Staaten einerseits, mir andererseits die nötige Orientierung hierüber zu gewähren. Ich glaube, wir sind es den Völkern schuldig, kein Mittel unversucht zu lassen, das irgend welche Hoffnungen darauf bietet, ihnen den verlorenen Frieden wieder zu geben. Das wesentlichste Erfordernis scheint es mir zu sein, dass alle kriegführenden Staaten sich in gleicher Weise verpflichten, auf die Angliederung fremder Völker zu verzichten und ich kann nur wiederholen, dass, wenn der Herr Präsident der Vereinigten Staaten bemüht sein will, seine Verbündeten auf dieser Basis zu rallieren, auch Oesterreich-Ungarn alles aufbieten wird, um seine Verbündeten zu denselben Schritten zu bewegen. Es gibt nur mehr ein Friedenshindernis, welches nicht in offener Aussprache und wechselseitigem Einvernehmen zu lösen ist, und das ist die Eroberungslust Italiens und Frankreichs. Wenn der Herr Präsident es erreicht, dass diese beiden Staaten auf ihre Eroberungspläne verzichten, so wird er dem Weltfrieden die Türe geöffnet haben.



Arbony

- 1) 3 Hefen an Peter Wilson  
(~~aus dem Jahr 1872~~)
- 2) Arthur Scheyer (Blau Blatt)
- 3) Hans von Kerschbaum